

vom Neoliberalismus spricht, kann vom Kapitalismus nicht schweigen" einmal gründlich zu diskutieren, und zwar nicht in der im schlechten Sinne abstrakten und historisch toten Entgegensetzung von "Reform und Revolution". Gefragt sind innovative Antworten einer Gesellschaftskritik, die auf der Höhe der Zeit ist und sich nicht in die Kostümierung unwiederbringlich vergangener Kämpfe wirft.

● **Italienische Besonderheiten:** Schließlich ist davor zu warnen, aus der verständlichen Euphorie von Florenz die italienischen Erfahrungen auf den Rest der Welt zu übertragen. Der Erfolg von Florenz geht zum größten Teil auf das Konto der innenpolitischen Konstellation in Italien. Dazu gehört u.a., daß * die italienische Linke im Vergleich zum übrigen Europa ohnehin generell recht stark ist,

* die Konflikte mit Berlusconi seit einiger Zeit wachsen und bereits zu einem Generalstreik geführt hatten,

* die USfreundliche Haltung Berlusconis auf breiten Widerstand weit über die Linke hinaus stößt, * Berlusconi einen Tag vor dem Forum sein Gesetz zur freien Richterwahl durchs Parlament peitschte, was bis ins konservative Milieu hinein auf Ablehnung stieß,

* die psychologische Kriegführung mit dem Gespenst eines zweiten Genua zu Gegenreaktionen führte.

All dies sind Faktoren, die nicht auf andere Länder übertragbar sind. Deshalb dürfte es mindestens verfrüht sein, in der Bundesrepublik ein deutsches Sozialforum aus dem Boden stampfen zu wollen. Die politischen Voraussetzungen dafür sind (noch?) nicht vorhanden. □

jedes WTO-Mitgliedsland das formale Recht hat, diesen Konsens zu verweigern und somit den Beginn von Verhandlungen zu verhindern. Es wird also sowohl im Vorlauf zu Cancun als auch auf der Tagung selbst vermutlich noch mal sehr hart gerungen werden. Neben eher taktischen Differenzen zwischen der EU und den USA – etwa über die Frage der Reichweite eines "MAI (Multilateralen Investitionsabkommens) in der WTO" – wird es vor allem darauf ankommen, ob ein mächtigeres Entwicklungsland (etwa Indien, China oder neuerdings Brasilien unter Lula) oder gar ein Bündnis von Entwicklungsländern mit dem Ziel auftreten wird, einen Durchmarsch der Industrieländer in diesem Punkt zu blockieren.

● **Absage an ein "MAI light":** Auch innerhalb Europas regt sich Widerspruch. Eine vom "Seattle to Brussels"-Netzwerk ("S2B-Network") initiierte und inzwischen von zahlreichen Organisationen unterstützte "Gemeinsame Erklärung der europäischen Zivilgesellschaft gegen ein Investitionsabkommen in der WTO" formuliert eine deutliche Absage an die von der EU verfolgte Strategie, nach dem Scheitern des MAI in der OECD (1998) jetzt in der WTO einen zwar etwas flexibleren, von den Zielen her aber unverändert einseitig auf Konzerninteressen ausgerichteten Vertrag durchzuführen. Zu Recht lassen sich die EU-Pläne daher mit dem Begriff "MAI light" zusammenfassen. Die Argumente gegen ein "MAI light" werden im einzelnen in einer neuen Publikation des S2B-Netzwerkes (s. Hinweis) entwickelt. Die Autoren weisen darauf hin, daß

* trotz ablenkender EU-Rhetorik schon jetzt gefährliche Vorschläge im Sinne eines MAI-ähnlichen Abkommens in der WTO vorliegen, so z.B. zum Einbezug von Portfolio-Investitionen (US-Vorschlag) oder zur Einführung von *Investor-to-State*-Klagemöglichkeiten (Taiwan-Vorschlag); * die einseitige Orientierung auf Investitionsliberalisierung und -schutz in der WTO zu Lasten der eigentlich notwendigen Verankerung sozial-ökologischer Konzernpflichten ginge; * die Klagemöglichkeit im WTO-Streitschlichtungsmechanismus elementare demokratiepolitische Bedenken aufwerfen würde, da sie ein Instrument zur Aushebelung demokratisch getroffener Gesetzesentscheidungen zugunsten von Konzerninteressen bietet;

* eine Ausweitung der Themapalette der WTO-Runde die Verhandlungskapazitäten und -schwerpunkte weg von den eigentlich drängenden Problemen der Entwicklungsländer und einer fundamentalen WTO-Reform verschöbe.

● **Wettbewerbsregeln für wen?** Zur Frage eines möglichen Wettbewerbsabkommens in der WTO wird u.a. auf langjährige internationale Diskussionen zur Wettbewerbspolitik seit den 1960er Jahren hingewiesen. Aufgrund des Drucks der internationalen Wirtschaftslobbies kam es aber bislang nicht zu durchsetzbaren Regelungen, die die Entwicklungsländer wirksam vor wettbewerbswidrigen Praktiken von Konzernen schützen würden. In den seit 1996 laufenden WTO-Diskussionen ist nun die Perspektive der Entwicklungsländer fast völlig verschwunden. Vielmehr drängt die EU darauf, das sämtliche WTO-Mitgliedstaaten grundlegende wettbewerbsrechtliche Vorschriften einführen, um Marktzugangshindernisse für ausländische Konzerne in Form (öffentlicher) Monopole und Kartelle aus dem Weg zu räumen. Den Unterstützern multilateraler Wettbewerbsregeln in der WTO geht es also vorrangig um verbesserten Marktzugang für transnational tätige Unternehmen – nicht um deren wirksame Machteinschränkung. Somit könnte ein WTO-Abkommen auch wettbewerbspolitisch sinnvolle Maßnahmen unterlaufen, wie z.B. den Schutz von *infant industries* gegen unfaire Wettbewerbspraktiken mächtiger Transnationaler Konzerne. Aus diesem Grund sollte wettbewerbswidriges Verhalten außerhalb der WTO reguliert werden. □

Peter Fuchs und Thomas Fritz sind Mitarbeiter von WEED.

Hinweise:

* Seattle to Brussels Network, *Investment and Competition Negotiations in the WTO – What's wrong with it and what are the alternatives?*, Berlin-Brüssel 2002 (in deutscher Fassung als WEED-Arbeitspapier). Bezug der englischen und deutschen Fassung: WEED, Bonner Büro Bonn (s. Impressum), engl. im Internet unter: www.s2bnetwork.org

* *Joint Statement by European Civil Society Groups against an Agreement on Investment in the WTO*, im Internet unter www.s2bnetwork.org

○ **Auf dem Weg nach Cancun:**

Streit um Investitions- und Wettbewerbsregeln

Für den 10.-14. September 2003 plant die Welthandelsorganisation (WTO) ihre 5. Ministerkonferenz in Cancun/Mexiko. Dort wird neben einer Zwischenbilanz der derzeit laufenden Welthandelsrunde vor allem eine strittige Frage im Mittelpunkt stehen: Soll die Agenda der WTO-Runde um Verhandlungen zu den sog. Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliche Beschaffung; s. W&E 01/1997) erweitert werden oder nicht? Das europäische NGO-Netzwerk "Seattle to Brussels" (S2B) ist strikt gegen eine solche Machtausweitung der WTO. **Peter Fuchs** und **Thomas Fritz** berichten.

○ **S**eit Ende 2001 läuft in der WTO die neue Welthandelsrunde mit einer schon jetzt langen Themenliste. Zur Diskussion stehen u.a.: Agrarhandel, Dienstleistungen, Marktzugang bei Nichtagrargütern, WTO-Regeln, Streitschlichtung, diverse TRIPS- und Umweltfragen. Zwar ist seit der letzten WTO-Ministerkonferenz in Doha/Katar (s. W&E 11-12/2001) die Rhetorik von einer "Entwicklungsrunde" wohlfeil und die euphemistische Formel „Doha Development Agenda“ (DDA) zur offiziellen Bezeichnung der Runde erkoren worden. Doch auf substanzielle Zugeständnisse bei ihren Schlüsselanliegen warten die Entwicklungsländer bislang vergeblich (z.B. Implementierungsprobleme der alten WTO-Abkommen; Marktzugang insbesondere im Agrar- und Textilbereich; Konkretisierung der *Special and Differential Treatment*-Regeln; Zugeständnisse beim TRIPS-Abkom-

men in puncto Medikamentenzugang und Biodiversität). Stattdessen bezeichnet die EU (und mit ihr das deutsche Wirtschafts- und Arbeitsministerium) einfach forsch ihre eigene Agenda, vor allem ihr Drängen auf zusätzliche Verhandlungen zu den Singapur-Themen, als "Entwicklungsanliegen" und arbeitet auf einen entsprechenden Beschluß in Cancun hin.

● **Von Doha nach Cancun:** Zur Erinnerung: Die Abschlusserklärung der WTO-Konferenz in Doha enthielt zu den Singapur-Themen noch kein verbindliches Verhandlungsmandat, sondern legte fest, daß es nach der 5. Ministerkonferenz (also Cancun) zu Verhandlungen kommen soll, *wenn* dort ein "expliziter Konsens" der WTO-Mitgliedstaaten über die Modalitäten der Verhandlungen erreicht wird. Vor allem auf Druck Indiens wurde in Doha ausdrücklich festgehalten, daß entsprechend dieser Vereinbarung